

SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

PROTOKOLL

der 29. Sitzung
Doppelsitzung

Datum: Montag, 9. Dezember 1996

Zeit: 18.00 bis 22.55 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Peter Bühler

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: Regina Bühler (Ausland)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Genehmigung Voranschlag 1997 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

1. Mitteilungen**1.1 Verpflegung an dieser Sitzung****V 4.3.2**

Ratspräsident Peter Bühler gibt bekannt, dass ca. um 20.00 Uhr eine Pause vorgesehen ist, und dass mit dem Badrestaurant eine Verpflegung organisiert wurde.

2. Genehmigung Voranschlag 1997 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes**F 4.6.7**

Ratspräsident Peter Bühler orientiert über das Vorgehen. Es wird zuerst eine Eintretensdebatte geführt, danach wird über die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen, dann über die Investitionsrechnung im Finanzvermögen und zum Schluss über die Laufende Rechnung befunden. In einer Schlussabstimmung soll dann der Voranschlag 1997 genehmigt und der erforderliche Steuerfuss festgesetzt werden.

EINTRETENSDEBATTE

RPK-Präsident Werner Brühlmann stellt fest, dass der Voranschlag, welcher vom Stadtrat vorgelegt wurde, trotz einer Steuerfusserhöhung auf 104 % mit einem Ausgaben-Überschuss von Fr. 0,77 Mio. rechnet. Es zeigt sich, dass der Personalaufwand stagniert, der Sachaufwand jedoch angestiegen ist. Die markantesten Aufwandpositionen sind bei der Polizei- und Wehrabteilung (Verkehrsverbund Fr. 1,7 Mio.), beim Sozialaufwand (KVG, AHV, Zusatzleistungen, Jugendschutz, Arbeitslosenhilfe) sowie bei der Finanzabteilung (Steuerkraftausgleich und Passivzinsen) zu finden. Trotz allem ist die RPK der Meinung, dass der Steuerfuss bei 96 % zu stabilisieren ist.

Als der Stadtrat den Voranschlag vorlegte, war die RPK zuerst spontan der Meinung, dass dieser zurückzuweisen sei. Nach ausführlicher Beratung hat eine nüchterne Betrachtung gezeigt, dass sich der Stadtrat stark zurückgehalten hat. Es konnten kaum Positionen gefunden werden, über welche an der Budgetdebatte hätte diskutiert werden können. Aufgrund der vorjährigen Vorarbeiten hat sich die RPK entschieden, die "schmerzlosen" Konti im Sachaufwand um ca. 15 % zu reduzieren. Ursprünglich wurden etwa 1'100 Einzelpositionen in Betracht gezogen. Nach einer Runde beim Stadtrat sind noch ca. 500 Einzelpositionen übrig geblieben. Mit allen Änderungen könnten etwa Fr. 534'000.- gespart werden. Die RPK stellt fest, dass

- der Stadtrat in der Laufenden Rechnung in allen Abteilungen zurückhaltend budgetierte. Trotzdem war er nicht in der Lage, bei gleichbleibendem Steuerfuss einen ausgeglichenen Voranschlag zu erarbeiten und beantragt eine Steuerfuss-Erhöhung.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Die RPK ist der Meinung, dass

- die Investitionen ins Verwaltungsvermögen um Fr. 1,2 Mio. gekürzt werden können.
- der Aufwand der Laufenden Rechnung um ca. Fr. 1,5 Mio. reduziert werden kann. Davon sind Fr. 0,7 Mio. (BVO und EVO) von einem Entscheid des Kantonsrates abhängig. Die "Werke" tragen zusätzlich einen Anteil von ca. Fr. 62'900.--, Abschreibungen von ca. Fr. 66'900.-- und die Mindestinvestition von Fr. 0,18 Mio.
- nach Einsichtnahme in den Finanzplan - die bisher vom Stadtrat getroffenen Massnahmen wenig zur Sanierung des Finanzhaushaltes beigetragen haben.

Zum Schluss dankt Werner Brühlmann allen für die geleistete Arbeit und beantragt, im Namen der RPK-Mehrheit (4:1), auf den Voranschlag 1997 einzutreten.

RPK-Mitglied Charles Kulli erwartet vom Stadtrat klare Aussagen, wo er der RPK entgegenkommen kann und wo Sachen gefährdet werden. Er würde es bedauern, wenn kulturelle und soziale Errungenschaften verloren gehen. Opfikon soll weiterhin eine Stadt mit, nicht ohne Herz bleiben. Mit diesen Überlegungen ist er grundsätzlich auch mit dem Eintreten einverstanden.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger ergreift, unüblicherweise, als erster Stadtrat das Wort. Er stellt fest, dass die Finanzlage ganz unterschiedlich beurteilt wird. Der Gemeinderat hat heute zu entscheiden, in welche Richtung gegangen werden soll. Der Stadtrat ist überzeugt, dass für die Zukunft finanzpolitische Überlegungen höher gewertet werden müssen, als steuerpolitische. Das Sparen ist in Ordnung, die Frage ist jedoch wo, wie und auf wessen Kosten. Sparen im Bereich der Aus- und Weiterbildung und im Bereich des Unterhaltes erachtet Jürg Leuenberger als sinnlos. Und zu was für Situationen über Jahre aufgesparte Investitionen führen, sieht man nun in Opfikon. Im Weiteren ist der Stadtrat überzeugt, dass von Wirtschaftsunternehmen noch wesentlich andere Aspekte als der Steuerfuss in Betracht gezogen werden. Der Stadtrat hat ein Budget vorgelegt, welches ausgewogen ist und den Verhältnissen entspricht. Er kann sich den RPK-Anträgen nicht anschliessen. Für Folgen aus den heutigen Beschlüssen wird der Stadtrat den Gemeinderat in die Pflicht nehmen.

Stadtrat Karl Pfister ist überzeugt, dass alle wissen, dass der Finanzhaushalt der Stadt Opfikon seit einiger Zeit aus dem Gleichgewicht ist. Das Fremdkapital steigt und steigt, dabei sollte irgendwann etwas zurückbezahlt werden. Das Ausgabenwachstum muss gestoppt, dann reduziert werden, aber auch die Einnahmen müssen erhöht werden (Verursacherprinzip). Der Steuerfuss kann kein Tabu-Thema mehr sein. Alle Korrekturmassnahmen werden nicht genügen, um den Stadthaushalt auszugleichen. Eine Steuerfusserhöhung lässt sich nicht vermeiden. Heute werden wichtige, finanzpolitische Entscheide gefällt. Karl Pfister dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit und beantragt ebenfalls "Eintreten".



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Ernst Schmid, Sprecher der CVP-Fraktion, unterstützt den RPK-Antrag. Es ist Zeit, die Sparbemühungen zu verstärken. Die Fraktion ist für "Eintreten".

Für die FDP-Fraktion, äussert sich Valentin Perego. Auch seine Fraktion ist für "Eintreten". Grundsätzlich werden die RPK-Anträge unterstützt. Der Voranschlag 1997 ist nach Meinung der FDP zu pessimistisch ausgefallen. Der Stadtrat hat es aber auch verpasst, nach substantiellen Entlastungen zu suchen. Die Einwohner und die Firmen sollen so wenig wie möglich, das heisst so wenig wie nötig durch Steuern und Gebühren belastet werden. Daher ist die Fraktion auch der Meinung, dass die Gebühren der eigenwirtschaftlichen Unternehmungen überprüft werden sollten, da die finanzielle Lage dieser Unternehmungen sehr gut ist. Einer Steuerfusserhöhung wird auf keinem Fall zugestimmt. Ein Teil der Fraktion ist gar der Ansicht, dass eine Senkung in Frage käme. Im Übrigen kann der Stadtrat den Gemeinderat nicht "in die Pflicht" nehmen, da der Gemeinderat gegenüber dem Volk und nicht gegenüber dem Stadtrat verantwortlich ist.

Pia Bättig, Sprecherin der EVP/GV-Fraktion, distanziert sich vom Antrag der RPK. Die Fraktion ist auch für Sparbemühungen, aber nicht für willkürliche, lineare Kürzungen. Es liegen über 500 ungeprüfte Anträge vor. All diejenigen Abteilungen, welche bereits seriös gespart haben werden nun doppelt bestraft. Die Fraktion lehnt die Verantwortung für Entscheide aus dem RPK-Antrag ab.

Florian Caprez (SVP) äussert sich für seine Fraktion. Er ist enttäuscht, dass von Seiten des Stadtrates ständig gejammert wird. Es sollte endlich eine Richtung, ein Weg eingeschlagen werden. Die SVP wird auf keinen Fall für eine Steuererhöhung eintreten. Der Steuerfuss ist einer der wenigen Attraktivitäten, welche Opfikon noch zu bieten hat. Der Stadtrat hat früher ausgesagt, dass alle Investition mit einem Steuerfuss von 90 % getätigt werden können, jetzt haben wir bereits 96 %. Trotzdem sind wieder Fr. 2 Mio. "Gebundene Ausgaben" im Voranschlag und über die fehlenden Fr. 2,7 Mio. vom Ambassadorhaus erfährt man auch nichts. Die SVP ist bereit einen Ausgabenüberschuss bewusst in Kauf zu nehmen und ist ebenfalls für "Eintreten".

Im Namen der NIO stellt Daniel Trachsler einen Rückweisungsantrag. *Der Stadtrat soll den Voranschlag 1997 nochmals überarbeiten und den Aufwand in allen Abteilungen um die abteilungsspezifisch vorgegebenen Beträge reduzieren. Die genauen Reduktionen sind dem schriftlich abgegebenen Antrag zu entnehmen. Wichtig ist, dass keine linearen Kürzungen durchgeführt werden und zur Erreichung der Sparziele auch die Vorstände und Abteilungsleiter einbezogen werden. Es soll weiterhin ein Steuerfuss von 104 % beantragt werden. Der erweiterte Gewinn ist für Abschreibungen einzusetzen. Auf diesem Weg übernimmt der Gemeinderat Verantwortung für die Zukunft. Es wird gespart, aber auch die Einnahmen werden erhöht und die Selbstfinanzierung kann verbessert werden. Das Gesamtsparevolumen übertrifft dasjenige der RPK. Strukturen werden überdacht und Veränderungen eingeleitet. Es ist Zeit für diese Trendwende, deshalb bittet Daniel Trachsler um Unterstützung des NIO-Antrages.*



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Werner Brühlmann, FDP, ist gegen diesen Antrag. Er führt zu einer Situation wie in Zürich. Der Stadtrat wird den gleichen Voranschlag wieder vorlegen. Beim RPK-Antrag wird die Ausbildung um 15 % gekürzt, das heisst, jeder achte Angestellte kann halt 1997 keinen Kurs besuchen. Bei den Investitionen wird Fr. 1,2 Mio. von Fr. 18 Mio. gespart. Eine gewisse Willkür mag sein, der Stadtrat hatte jedoch die Möglichkeit sich zu äussern. Eine Leistungseinbusse wird in Kauf genommen. Werner Brühlmann ist gegen die Rückweisung und votiert für "Eintreten".

Christian Grasse, NIO, stellt fest, dass sowohl die RPK wie auch die NIO dasselbe wollen. Die NIO will jedoch nichts vortauschen und vor Willkür schützen. Auf dem Weg der linearen Kürzungen wird der Stadtrat Ende 1997 einfach bei vielen Konten eine Überschreitung begründen. Dies kann nicht der Weg sein, daher bittet er um Zustimmung für den NIO-Antrag und um Übertragung der Kürzungsverantwortung an die Chefbeamten und den Stadtrat.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 24:10 Stimmen abgewiesen.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger präzisiert zum Schluss der Diskussion den Ausdruck "in die Pflicht nehmen". Der Stadtrat wird die Betroffenen (Handwerker, Vereine usw.) genaustens informieren, wieso der Auftrag nicht gegeben werden kann oder wieso die Summen tiefer sind.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen ist der Betrag (+ oder -) rechts aufgeführt. Auf die Zusammenfassung der Verhandlungen wird verzichtet. Kommentare und Aussagen für das Protokoll sind beim jeweiligen Konto aufgeführt.

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (Seiten 102-113)

15 Präsidialabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

20 Bauamt

Stadtrat David Häne ist der Ansicht, dass die Gebundenheit der Sanierung der Dammstrasse klar ist. Auch das Vorgehen des Stadtrates ist vorgegeben. Eine Streichung dieser Beträge ist nur sinnvoll, wenn der Bezirksratsentscheid vom Gemeinderat an die nächste Instanz weitergetragen wird.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

- 201.5010.111 Kanalisationsbauten und Sammelkanäle - Fr. 550'000.--
 202.5010.211 Gemeindestrassen - Fr. 250'000.--
 Eine Sanierung der Dammstrasse ist mehrheitlich unbestritten, aber nicht als "Gebundene Ausgabe". Es wird ein Projekt erwartet. Der Antrag der RPK wird mit 21:10 Stimmen unterstützt.

25 Städtische Werke - Wasserwerk

- 251.5010.141 Versorgungsleitungen und Hydrantenanl. - Fr. 180'000.--
 Sanierung Dammstrasse. SR ist einverstanden, wird jedoch je nach Bezirksratsentscheid mit Nachtragskrediten kommen.
- 254.5010.128 Haupt- und Zubringerleitungen + Fr. 200'000.--
 Antrag des SR für Neubau Wasserleitung Ob. Wallisellerstr., Teilstück Halden- bis Reservoirstrasse. Wird ohne Gegenantrag gutgeheissen.

Valentin Perego fordert den Stadtrat auf, die Anschlussgebühren beim Wasserwerk um ca. 15 % zu senken. Der Wasserzins ist ebenfalls zu hoch, kann aber im Moment noch akzeptiert werden. Gemäss kantonalen Empfehlungen sind diese Überprüfungen angezeigt.

Stadtrat Walter Epli erwidert, dass der Bezirksrat diese Gebühren ebenfalls angesprochen hat. Dieser aus dem Grunde, weil die Gebühren in Opfikon absolut am tiefsten sind. In den nächsten Jahren werden Investitionen auf Opfikon zukommen.

26 Städtische Werke - Elektrizitätswerk

- 263.5010.312 Niederspannungs-Kabelnetz - Fr. 119'000.--
 Sanierung Dammstrasse. SR ist einverstanden, wird jedoch je nach Bezirksratsentscheid mit Nachtragskrediten kommen.
- 263.5010.205 Niederspannungs-Kabelnetz + Fr. 75'000.--
 Antrag des SR für Neubau Niederspannungs-Kabelanlage Ob. Wallisellerstr., Teilstück Vreniker- bis Reservoirstrasse. Wird ohne Gegenantrag gutgeheissen.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

32 Sport- und Vereinsabteilung

- 325.5010.101 Sportanlage Au - Fr. 50'000.--
Laut RPK sollten auch Fr. 50'000.-- für die Sanierung der Wasserleitungen genügen. Der Antrag der NIO, den gesamten Betrag zu streichen, wird mit 21:4 abgelehnt. Dem RPK-Antrag wird mit 19.10 zugestimmt.

35 Gesundheitsabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

61 Liegenschaften-Verwaltung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

65 Finanzabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird der geänderten Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen mit 27:3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Investitionsrechnung im Finanzvermögen (Seiten 117-119)

90 Liegenschaften-Verwaltung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

95 Finanzabteilung

- 950.8010.000 Grundeigentum Finanzvermögen + Fr. 3'222'500.--
Dem Antrag der SVP, dieses Konto zu erhöhen, wird mit 16:16 (Stichentscheid des Ratspräsidenten) gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung wird der geänderten Investitionsrechnung im Finanzvermögen mit 24:5 Stimmen zugestimmt.

Von 19.45 Uhr bis 20.10 Uhr wird die Sitzung unterbrochen. Die Verpflegung wird vom Wirt des Badrestaurantes geliefert.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Laufende Rechnung (Seiten 10 - 97)

Der Ratspräsident Peter Bühler bittet die anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte etwas mehr Disziplin beim Aufstrecken zu zeigen, damit die Auszahlung genau ist. Für die folgende Debatte bittet er die Ratsmitglieder, sich kurz zu halten.

Zuhanden des Protokolls gibt der RPK-Präsident, Werner Brühlmann, folgende Erklärungen ab:

A Besoldungsverordnung

Sofern der Kantonsrat für 1997 eine Kürzung der Besoldung für die Staatsangestellten beschliesst, so ist diese Kürzung sinngemäss und betragsgemäss für das Personal der Stadt Opfikon, das gemäss der städtischen Besoldungs-Verordnung besoldet wird, zu übernehmen. Die RPK geht davon aus, dass die davon tangierten Budgetbeträge entsprechend angepasst werden. Aufwandreduktion: ca. Fr. 636'000.--.

B Entschädigungsverordnung

Sofern der Kantonsrat für 1997 eine Kürzung der Besoldung für die Staatsangestellten beschliesst, so empfiehlt die RPK dem Gemeinderat, die Positionen der städtischen Entschädigungsverordnung unter Art. 2, Art. 4, Art. 5 und Art. 9 um 5 % zu kürzen. Diese Reduktion soll für die Dauer vom 1.1.1997 bis 31.12.1997 gelten.

Weil in einer Budgetberatung keine diesbezüglichen Anträge möglich sind und der Beschluss des Kantonsrates erst später erfolgt, ersuchen wir den Stadtrat oder das Büro Gemeinderat, die Änderung der Entschädigungsverordnung zu veranlassen und dem Gemeinderat baldmöglichst den entsprechenden Antrag zu stellen. Die RPK geht davon aus, dass bereits die Budgetbeträge angepasst werden. Aufwandreduktion: ca. Fr. 45'000.--.

Auch wenn die Besoldung um weniger als 3 % gekürzt werden sollte, soll für die Entschädigungsverordnung 5 % oder nichts gelten.

C Pauschale Aufwandreduktion in der Laufenden Rechnung

Der Stadtrat hatte die Möglichkeit die Konten zu klassieren. Alle A-Konten und einzelne B-Konten wurden unverändert gelassen. Die von der Schule ausgewiesenen D-Konten sind kein Freipass für eine generelle Überschreitung.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger erklärt, dass der Stadtrat grundsätzlich für seine Konten eintreten wird und mit keinen Streichungen einverstanden ist.

Christian Grasser (NIO) erklärt, dass die NIO grundsätzlich gegen lineare Kürzungen ist und somit gegen alle RPK-Anträge einen Gegenantrag stellt.

Im Protokoll wird nur über die Pauschalabstimmungen und über die gezielten Gegenanträge informiert.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

10 Legislative und Exekutive

- S. 11-12 RPK-Pauschalantrag - Fr. 14'700.--
Der Pauschalantrag wird mit 20:7 gutgeheissen.

15 Präsidialabteilung

- 1520.3101.01 Drucksachen
Der SR-Antrag wird mit 17:10 abgewiesen.

- 1540.3119.00 Anschaffungen
Der SR-Antrag wird mit 19:9 abgewiesen.

- 1550.3180.01 Jubiläum, Veranstaltungen
Der SR-Antrag wird mit 19:8 abgewiesen.

- S. 13-16 RPK-Pauschalantrag - Fr. 38'700.--
Der Pauschalantrag wird mit 19:8 gutgeheissen.

20 Bauamt

- 2050.3180.07 Gemeindestrassen - Fr. 50'000.--
Der RPK-Antrag wird mit 19:7 gutgeheissen.

- S. 17-24 RPK-Pauschalantrag - Fr. 114'500.--
Der Pauschalantrag wird mit 20:7 gutgeheissen.

- 2010.4380.00 Eigenleistungen Bauamt - Fr. 55'000.--
Stadtrat David Häne erklärt, dass durch die bisherigen Entscheide die Einnahmen aus Eigenleistungen um den aufgeführten Betrag gekürzt werden müssen.

Stadtrat David Häne erklärt, dass er einzelne Positionen ohne Hemmungen überschreiten und begründen wird, wenn er die Ausgabe als nötig erachtet.

25 Städtische Werke

- S. 25-29 RPK-Pauschalantrag - Fr. 45'400.--
Der Pauschalantrag wird mit 22:5 gutgeheissen.

Stadtrat Walter Epli erklärt, dass einige Konten sich auf Erfahrungswerte stützen. Z.B. Wasserrohrbrüche lassen sich beim besten Willen nicht vorbe-rechnen.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

30 Allgemeine Abteilung Jugend und Sport

- 3010.3090.01 Aus- und Weiterbildung
Der SR-Antrag wird mit 16:13 abgewiesen.
- ****.3650.** Vereinsunterstützungskonten
Die SR-Anträge werden mit 16:10 global abgewiesen.
- ****.3152.** Technischer Unterhalt Bad
Die SR-Anträge werden mit 16:9 global abgewiesen.
- 3290.3140.02 Ausserordentlicher Unterhalt
3290.3147.00 Unterhalt Grünanlage
Die SR-Anträge werden mit 12:10 global abgewiesen.
- S. 30-36 RPK-Pauschalantrag - Fr. 71'700.--
Der Pauschalantrag wird mit 17:8 gutgeheissen.

35 Gesundheitsabteilung

- 3575.3180.04 Lärmbekämpfung - Fr. 20'000.--
Der RPK-Antrag wird mit 18:14 gutgeheissen.
- S. 37-43 RPK-Pauschalantrag - Fr. 22'200.--
Der Pauschalantrag wird mit 20:7 gutgeheissen.

40 Polizei- und Wehrabteilung

- 4025.3112.01 Anschaffung Maschinen - Fr. 34'000.--
4025.3160.00 Mieten und Benützungsgebühren + Fr. 9'000.--
Mieten statt kaufen. Der RPK-Antrag wird mit 25:0 gutgeheissen.
- S. 44-50 RPK-Pauschalantrag - Fr. 12'800.--
Der Pauschalantrag wird mit 20:7 gutgeheissen.
- 4060.3610.00 Beitrag an Verkehrsverbund - Fr. 76'300.--
Info des SR.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

45 Sozialamt

- 4540.3180.03 **Veranstaltungen / Aktivitäten**
Der Antrag des SR, den Abzug nur von Fr. 5'000.-- her zu berechnen wird mit 20:14 gutgeheissen. Der Pauschalabzugsantrag reduziert sich somit um Fr. 1'600.--
- 4560.3650.00 **Kontakt- & Infotreff Opfikon**
Der Antrag des SR wird mit 18:17 abgelehnt.
- S. 51-60 **RPK-Pauschalantrag** - Fr. 28'600.--
Der Pauschalantrag wird mit 18:8 gutgeheissen.

50 Schule

- 5010.3107.00 **Schulmaterial**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5010.3116.00 **Anschaffung Spielmobiliar**
Der Antrag des SP wird mit 18:12 abgelehnt.
- 5010.3117.00 **Ansch. Einrichtungen und Mobiliar**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5010.3171.00 **Ausflüge und Veranstaltungen**
Der Antrag des SP wird mit 18:14 abgelehnt.
- 5010.3142.00 **Unterhalt Liegenschaft Blumenstr.**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5015.3107.04 **Klassen- und Werkenkredite**
Der Antrag des SP wird mit 18:13 abgelehnt.
- 5015.3116.05 **Turnunterrichtsgeräte Mettlen** - Fr. 14'000.--
Der Antrag der CVP, auf die Kletterwand zu verzichten wird mit 19:7 gutgeheissen, damit reduziert sich der Pauschalabzug um Fr. 2'000.--.
- 5015.3117.02 **Schuleinr. Mobiliar Mettlen/Do**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5015.3117.04 **Mobiliar/Einricht. Werkräume L**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

- 5015.3117.05 **Mobiliar/Einricht. Werkräume M**
Der Antrag des SP wird mit 18:9 abgelehnt.
- 5015.3157.01 **Unterh. Einricht. Mobil. Lätten**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5015.3171.05 **Auslagen kulturelle Vorstellungen**
Der Antrag des SP wird mit 18:14 abgelehnt.
- 5015.3180.02 **Examenkosten**
Der Antrag des SP wird mit 19:9 abgelehnt.
- 5016.3112.01 **Anschaffung Maschinen Lättenw**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5016.3142.14 **Unterhalt Lehrschwimmbecken**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5016.3142.22 **AO. Unterhalt Liegenschaften Mettlen**
Der Antrag des SP wird mit 18:9 abgelehnt.
- 5016.3142.31 **Unterhalt Umgebung Lättenwiesen**
Der Antrag des SP wird mit 18:12 abgelehnt.
- 5020.3107.00 **Schulmaterial**
Der Antrag des SP wird mit 17:10 abgelehnt.
- 5020.3107.20 **Klassenkredite**
Der Antrag des SP wird mit 18:13 abgelehnt.
- 5020.3107.30 **Material Wahlfachstunden**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.
- 5020.3116.02 **Anschaffungen Computerzimmer**
Der Antrag des SP wird mit 18:9 abgelehnt.
- 5020.3171.05 **Auslagen kulturelle Vorstellungen**
Der Antrag des SP wird mit 18:14 abgelehnt.
- 5020.3180.01 **Dienstleistungen Dritter**
Der Antrag des SP wird mit 17:11 abgelehnt.
- 5021.3142.11 **Unterhalt Liegenschaft**
Der Antrag des SP wird mit 18:9 abgelehnt.
- 5030.3107.01 **Schulmaterial Handarbeit**
Der Antrag des SP wird mit 18:10 abgelehnt.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

65 Finanzabteilung - Verwaltung

6520.3070.01	Leistungen für Pensionierte Information SR	- Fr. 140'000.--
6550.3320.99	Abschreibungen Der Antrag der FDP wird mit grossem Mehr angenommen.	+ Fr. 8'000'000.--
S. 94-97	RPK-Pauschalantrag Der Pauschalantrag wird mit 20:4 gutge- heissen.	- Fr. 7'100.--

Die RPK bittet die Finanzverwaltung, die ordentlichen Abschreibungen ge-
mäss den beschlossenen Veränderungen anzupassen.

**In der Schlussabstimmung wird der Laufenden Rechnung mit 19:13 zu-
gestimmt.**

**SCHLUSSANTRAG UND FESTSETZUNG DES ERFORDERLICHEN
STEUERFUSSES**

RPK-Präsident Werner Brühlmann erklärt, dass die RPK der Meinung ist, dass für 1997 der Steuerfuss auf 96 % bleiben soll. Der Ausgleich der kalten Pro-
gression (- 3 %) war ein langfristig bekanntes Anliegen des Steuerzahlers und soll nicht durch eine Steuererhöhung kompensiert werden. Im heute finanziell schlechten Umfeld soll für den Mittelstand die Belastung (Lohnreduktion, KVG) nicht durch zusätzliche Steuern erhöht werden. Bei den juristischen Personen sowie bei potenten natürlichen Personen besteht das Risiko der Abwanderung, womit eine Steuererhöhung zuletzt wieder durch die Bevölkerung getragen werden muss. Die RPK nimmt für 1997 einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 1,5 Mio. bewusst in Kauf. Sie beantragt, *den Voranschlag 1997 mit den Änderungen zu genehmigen und den Steuerfuss auf 96 % festzulegen.*

Die Stadträte Karl Pfister und Jacques Mettler setzen sich in der folgenden Diskussion mit Überzeugung für den stadträtlichen Antrag, die Steuern auf 104 % zu erhöhen, ein. Viele Kürzungen sind nur Aufschiebungen. Im nächsten Jahr ist Wahljahr, danach eine neue Regierung und ein neues Parlament im Amt. Eine Erhöhung in den nächsten zwei Jahren ist nicht einfach. Es muss unverantwortbar viel Fremdkapital aufgenommen werden. Mit der heutigen Erhöhung wäre für 2-3 Jahre Ruhe um das Kapitel "Steuerfuss". Da auch das Resultat 1996 sehr schlecht sein wird appellieren die Stadträte an die politische Verantwortung und an die Vernunft jedes einzelnen. Die Stadt Opfikon darf nicht in ein Finanzdesaster hineinschlittern, welches den Standort Opfikon verschlechtert.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Hans Zolliker (EVP) und Christian Grasser (NIO) treten für den stadträtlichen Antrag ein und bitten um ein verantwortungsvolles Politisieren und nicht nur um ein kurzfristiges Denken.

Valentin Perego (FDP) ist überzeugt, dass sich die Situation auch mit einer Steuererhöhung nicht verbessert, da das Fremdkapital auch so weiter zunehmen wird. Eine Rückzahlung des Fremdkapitals ist illusorisch. Wenn der Steuerfuss jetzt erhöht wird, wird in den nächsten Jahren einem Phantom nachgejagt, was zu weiteren Erhöhungen, ohne Aussicht auf Zielerreichung, führen wird.

Desirée Hanimägi (EVP) kann die Politik der RPK und der FDP nicht verstehen. Zum einen will man dem Bürger etwas Gutes tun, lässt aber die Verschuldung weiterhin anwachsen. Es ist nötig, die Verschuldung mit einem Klotz zu bremsen und nicht die Aufgaben der nächsten Generation zum Lösen zu übergeben. Die EVP/GV-Fraktion kann einen solchen schlechten Voranschlag 1997 nicht einfach in Kauf nehmen.

In der Schlussabstimmung wird dem Voranschlag 1997 mit 19:16 Stimmen zugestimmt. Der Steuerfuss wird mit 19:16 Stimmen auf 96 % festgesetzt.



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

2. Genehmigung Voranschlag 1997 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes

F 4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 1. Oktober 1996, der Rechnungsprüfungskommission vom 27. November 1996, § 50 Ziffer 1 der Gemeindeordnung und der heutigen Beratungen -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 1997, mit einem mutmasslichen Netto-Aufwandüberschuss von ca. Fr. 10'000'000.- wird genehmigt.
2. Es wird eine Gemeindesteuer von 96 % der einfachen Staatssteuer von ca. Fr. 32'083'400.- erhoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Gesundheitskommission
 - Werkkommission
 - Baukommission
 - Fürsorgebehörde
 - Schulpflege
 - Finanzverwaltung (3 Originale)
 - Steueramt
 - Abonentendienst
 - EPV
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

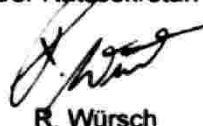
Schluss der Sitzung

Ratspräsident Peter Bühler dankt dem Jugendhaus für die Kerzen, welche den Ratsmitgliedern überreicht wurden. Er hofft, dass diese nächstes Jahr nicht 15 % kleiner sind. Den Städtinnen und Stadträten und den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten wünscht Peter Bühler frohe Festtage, gute Gesundheit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Die nächste Sitzung wird am 5. Februar 1997 erfolgen.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Peter Bühler macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 12. Dezember 1996

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 366 -

SITZUNG VOM

9. Dezember 1996

Protokoll geprüft:

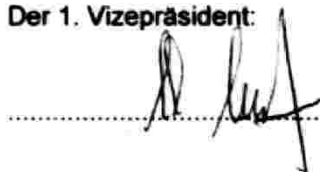
Datum:

Der Präsident:



18.12.96

Der 1. Vizepräsident:



16.12.96

Der 2. Vizepräsident:



18.12.96

c/grprot29

